

Stolper Post

Tageszeitung
für Stadt und Land

Amthliches
Publikations-Organ



Ein Gott für Volk und Vaterland

Ar. 12

Stolp, Freitag, den 15. Januar 1926.

50. Jahrgang

Die schwere Kabinettsbildung.

Der Kuhhandel um die Ministerposten.

Berlin, 14. Januar. Die Kabinettsbildung des Reiches ist ein schweres und langwieriges Unternehmen. Der Reichskanzler hat sich mit den Führern der Parteien abgefunden, aber die endgültige Entscheidung über die Besetzung der Ministerposten ist noch nicht gefallen. Die Verhandlungen sind durch die verschiedenen Interessen der Parteien und die Schwierigkeiten der Kabinettsbildung kompliziert. Die Besetzung der Ministerposten ist ein wichtiger Schritt zur Bildung eines neuen Kabinetts.

Die Verhandlungen über die Besetzung der Ministerposten sind sehr schwierig. Die Parteien haben verschiedene Forderungen gestellt, die der Reichskanzler zu erfüllen versucht hat. Die Verhandlungen sind durch die Schwierigkeiten der Kabinettsbildung kompliziert. Die Besetzung der Ministerposten ist ein wichtiger Schritt zur Bildung eines neuen Kabinetts.

Vertagung der Verhandlungen.

Berlin, 14. Januar. Die Verhandlungen über die Besetzung der Ministerposten sind heute vertagt worden. Die Parteien haben sich nicht auf eine endgültige Entscheidung geeinigt. Die Verhandlungen werden in einigen Tagen wieder aufgenommen werden. Die Besetzung der Ministerposten ist ein wichtiger Schritt zur Bildung eines neuen Kabinetts.

Gegen die Kriegsschuldfrage.

Stuttgart, 14. Januar. Der Vorsitzende des amerikanischen Arbeiterbundes, George Seibel aus Pittsburg, ein geborener Amerikaner, hielt eine bemerkenswerte Ansprache, die ganz durchdrungen war von dem Glauben an den Sieg der Wahrheit hinsichtlich der Kriegsschuldfrage. Um allen jenen deutschen Männern zu danken, die zur Erziehung des amerikanischen Volkes beigetragen haben, so führte Seibel u. a. aus, wird die amerikanische Turnerschaft in die Schranken treten gegen die Entehrung des deutschen Namens, gegen die Entrechtung des deutschen Volkes und gegen die Vernechtung der deutschen Geschichte. Der amerikanische Turnerbund hat einen Beschluss gefasst, der zum Ausdruck bringt, daß der amerikanische Turnerbund es sich zur Ehrensache gemacht hat, mit allen Mitteln die Aufklärung in der Kriegsschuldfrage zu betreiben, nachdem diese Frage von den allermeisten Tageszeitungen totgeschwiegen wird und nur wenige Staatsmänner den Mut haben, die Wahrheit über die wirklichen Urheber des Krieges zu zeigen. Wie die Turnerschaft denken auch die amerikanischen Sänger sowie weltliche und kirchliche Elemente des Westens in Amerika. Auch in amerikanischen Kreisen anderer Wirtes orte wird rasch die Ueberzeugung wach, daß die Kriegsschuldfrage ausgeräumt werden muß. Die Turnerschaft betrachte es als eine amerikanische Bürgerpflicht, sich der Vernechtung des deutschen Volkes entgegenzusetzen und der Vstilung des deutschen Volkes Halt zu gebieten.

Der unmögliche Davesplan.

Leipzig, 14. Januar. Die hiesigen Zeitungen und Wirtschaftskreise beschäftigen sich seit einigen Tagen eingehender mit dem Abzug der deutschen Rechtsprelle gegen den Davesplan. Die neuen Meldungen über die deutsche Wirtschaftslage und die steigende Arbeitslosigkeit in Deutschland geben jetzt auch jenen Kreisen Anlaß zu Betrachtungen, die die bisherigen Meldungen aus Deutschland nicht allzu tragisch wahren. Eine Kundfrage in der Wallstreet ergab, daß die amerikanischen Bankiers sich darüber klar sind, daß Deutschland am Ende seiner Kräfte stehe; in weiten Kreisen herrsche die Ansicht, daß Deutschland auf die Dauer nicht fähig sei, den Davesplan zu erfüllen und daß daher früher oder später eine Wiederherstellung des Davesplanes kommen müsse. Verschiedene Bemerkungen führen trotzdem darin fort, den Davesplan zu loben. Gilbert wird in ihren Hymnen als „neuer Kaiser von Deutschland“ gepriesen.

Was man uns erpreßt hat.

Berlin, 14. Januar. Der Abschluß des ersten Geschäftsjahres der Deutschen Reichsbahngesellschaft, das die Zeit vom 1. Oktober 1924 bis 31. Dezember 1925, also um Monate unvollständig, hat einen zusammenfassenden Ueberblick über die finanzielle Lage der Gesellschaft und einen Ueberblick in das Geschäftsjahr 1926. Auf das erste Geschäftsjahr entfielen die Kosten des ersten Reparationsjahres mit 200 Millionen Reichsmark und die ersten vier Monate des zweiten Reparationsjahres mit ebenfalls 200 Millionen Reichsmark. Sodas die Reparationsbelastung der Reichsbahn im ersten Geschäftsjahr 400 Millionen Reichsmark betrug.

Bei der finanziellen Leistungsfähigkeit der Reichsbahn ist zu berücksichtigen, daß die sonstigen Leistungen der Gesellschaft von persönlichen und sachlichen Ausgaben im Jahre 1925 erheblich gesteigert sind. Die Lohnrücklagen im März und im September sowie die im Dezember einmahlige Zuwendung an die Beamten und eine Reihe anderer Erhöhungen der persönlichen Ausgaben trugen zur Erhöhung der Reichsbahnbilanz eine erhebliche Belastung von rund 280 Millionen Reichsmark. Die zu diesem Zweck errechnete Postkostenziffer betrug Ende des Jahres 1925 für Beamte...

und Arbeiter 131, Ende des Geschäftsjahres 1925 159, die Pensionslast allein betrug im Kalenderjahr 398 Millionen Reichsmark, d. h. 16,24 Proz., im Jahre 1913 aber nur 114 Millionen, d. h. 8,44 Prozent der persönlichen Ausgaben. Die Hoffnung auf eine weitere günstige Entwicklung ist zurzeit gering.

Rußland und Locarno.

Moskau, 14. Januar. In einem öffentlichen Vortrag in Petersburg erklärte Katowski, der Standpunkt der Sowjetregierung gegenüber dem Ergebnis der Konferenz von Locarno und deren Auswirkung gegen Sowjetrußland bleibe unverändert.

Den Versicherungen Chamberlains, die Locarnokonferenz sei nicht gegen die Sowjetunion gerichtet, ständen die Erklärungen anderer englischer Minister gegenüber. Katowski erklärte sodann, daß die Sowjetunion auf ihre Propaganda nicht verzichten könne. Die Sowjetunion sei eine Großmacht, die ihre eigenen Interessen habe, und keine gegen England gerichtete, sondern eine ihren Interessen entsprechende Politik verfolge. Für eine Interessentollkollision bestche der diplomatische Schlichtungsweg. Das Jahr 1926 beginne mit einer für Sowjetrußland günstigen Lage. Locarno habe zwar einen Block gegen die Sowjetunion geschaffen, aber auch eine breite Bewegung der europäischen öffentlichen Meinung gegen die Blockade, die Sowjetunion zu isolieren, bewirkt.

Immer stärker tritt der Gegensatz zu Rußland hervor, in den wir durch die verblendete und überstürzte Locarnopolitik gekommen sind. Die neue Bündnispolitik, die eine Verbindungslinie Tokio-Peking-Moskau-Ankara-Belgrad schaffen will, von der nur die beiden letzten Glieder brüchig sind und das nach Ungarn reichende Glied noch nicht ganz genietet ist, wie die Herren in Moskau das wünschen. Seit die Gewerkschaft des Eintritts Deutschlands in diesen fragwürdigen Völkerverbund unter unangünstigen Bedingungen für uns besteht, geht das Bestreben Rußlands darauf hinaus, dem franco-englischen Europablock einen asiatischen Festlandsblock

entgegenzustellen. Dazwischen steht Deutschland, das sich zum Freilock der englisch-russischen Gegensätze machen will. — Eine wahrhaft „aktive“ Politik. — Mit einer unverständlichen Unterschätzung der russischen Macht hat sich die deutsche Politik auf die Seite des europäischen Westens geschlagen. Was hat England mit seinen drei großen Militärexpeditionen in Rußland erreicht, was mit dem wirtschaftlichen und finanziellen Wohlstand? Nichts. Als die Sowjetrepubliken in den frammtesten Kommunismus zurückverfielen, hob ein allgemeines Vertrauen der europäischen Mächte um die Anerkennung der Sowjetmacht an, trotz des scharfen angelsächsischen Boykotts. In China, Indien, der Mongolei und der Wandschurei arbeiten die Volkswirtschaften mit Energie an der Erreichung ihres großen Zieles, die Farbigen in der Uniform kultureller nationaler Selbständigkeit für sich einzupacken. Die Gefahr, heute noch in weiter Ferne, soll weder überschätzt, noch unterschätzt werden, sie bedroht in erster Linie das Angelsächsentum. Nirgendes sehen wir aber eine so wundervolle Fähigkeit, sich zwischen zwei Stühle zu setzen, wie wir sie in Berlin sehen, denn im „Völkerverbund“ haben wir ja nichts zu sagen, sondern uns nur die letzte politische Entscheidung freier nehmen zu lassen.

Die Hochwasserschäden.

Schutzmaßnahmen der preussischen Regierung.

Im Hauptauschuß des preussischen Landtags gelangten die Anträge zur Abhilfe der Hochwasserschäden zur Erörterung. Wie festgestellt wurde, sind bereits gegeben worden für die Rheinprovinz 1,8 Millionen Mark von Preußen, 100 000 Mark vom Reichspräsidenten; zwei Millionen Mark sind noch bereit gestellt. Für Hessen-Nassau wurden 1,70 Millionen Mark, für Westfalen 30 000 Mark, für Ostpreußen und Garzgebiet 50 000 Mark, ebenso aus dem Budget des Reichspräsidenten größere Mittel. In der Ansprache betonte der Vertreter des Landwirtschaftsministeriums, daß eine Rheinkatastrophe die Höhe der Deiche verhindert werden könne, die im Jahre 1925 gehalten hätten. Es wurde ein Antrag eingebracht, wonach innerhalb halb der Umfang des im Jahre 1925 festgestellten und dem Landtage des Reichstags vorzulegen werden soll. Die vorläufige Behebung sollen weitere Mittel in Höhe von 1,40 Millionen Mark gestellt werden. Bei Festsetzung der Deichhöhen soll auf alle Bevölkerungsschichten und Parzellen inf. 149, die keine über...

